
INHALT

Editorial

Schwerpunkt

Beate Küpper: Ist der Osten rechts, der Westen demokratisch?	15
Daniel Kubiak: Ostdeutsche und Muslime: Ähnlich oder gleich? – Transfer von Wissenschaft in aufgeregten Zeiten.....	38
Yana Milev: Wer sind die Exil-„Ostdeutschen“? Ursachen und Elemente des neueren Ost-West-Konflikts in der deutschen Gesellschaft nach der „Vereinigung“ (1990)	52
Adriana Lettrari, Christian Nestler, Jane Porath: Transformationskompetenz der Wendekinder – Annäherung an eine etymologische, transdisziplinäre Exploration.....	72
Martin Jander: Der rechte Rand der DDR-Aufarbeitung	92

Forum

Annette Petri: Eintagsfliege oder Süßwasserpolyp? – Plädoyer für eine langlebige Auseinandersetzung mit Emotionen in der politischen Bildung.....	106
Katja Stephan, Anett Bauer: Beteiligung für alle gestalten! Das Kompetenzzentrum Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg	116
Britta Schellenberg: Den Menschen im Blick. Kompetenzen gegen Rassismus und Diskriminierung in Beruf und Alltag	126

Marktplatz

Publikation über Mobile Beratung und politische Bildung.....	145
Mehr Radikaldemokratie wagen – Demokratiekonvente als Erfahrungsraum intensiver Beteiligung.....	146
Projektstage und Unterrichtsmaterialien gegen Antiziganismus.....	150
Multikulturelles Zentrum Trier	151

Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung KonterBUNT: 152

Widerstand leisten im Rollenspiel: 153

Mit buntem Material und überraschenden Methoden gegen Rassismus und für mehr Zivilcourage: 154

Projekt, Quartiersdemokraten‘ – Gemeinwesenarbeit für demokratische Kultur..... 156

Gefahr Extremismus. Wie Jugendliche extremistische Akteure und Botschaften erkennen und bewerten können. Befunde einer Mehrmethodenstudie 157

Österreichische Initiativen veröffentlichen Manifest für feministische Erwachsenenbildung..... 159

Praxisnahe Publikationen zum Diskriminierungsschutz für Geflüchtete 160

Buchbesprechungen

Andreas Speit (Hg.): Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten (von Christoph Schulze)..... 162

Klaus Ahlheim: Beutelsbacher Konsens? Politische Bildung in Zeiten von AfD und Co. (von Ronny Noak)..... 163

Autorinnen und Autoren 165

EDITORIAL

30 Jahre nach dem Fall der Mauer geht der Blick vielfach zurück auf die Ereignisse von 1989, aber auch auf die Zeit des für fast alle Menschen im Osten einschneidenden Umbruchs. Zunehmend kritisch wird nach den Transformationserlebnissen und danach, wie sie bis heute den Osten prägen, gefragt. Verknüpft wird dies auch mit der Frage, warum nun ausge-rechnet in den ostdeutschen Bundesländern die Rechtsaußenpartei Alternative für Deutschland (AfD) so erfolgreich ist und bei den jüngsten Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen 2019 zur zweitstärksten Kraft aufsteigen konnte (bei jungen Leuten wurde sie z. T. sogar stärkste Kraft), die gerade im Osten auch einen eindeutig völkisch-rechtsextremen Charakter hat. Die deutsche Geschichte lehrt, gegenüber mangelnder Demokratieerfahrung in der Bevölkerung, schleichender Aushöhlung und gezielten Umsturzversuchen durch politische Akteure höchst aufmerksam zu sein.

Die einschneidenden individuellen wie auch gesellschaftlichen, den ganzen Osten betreffenden Transformationsprozesse waren politischer, ökonomischer wie sozialer Natur und berührten so gut wie alle Lebensbereiche der Menschen im Osten, aber auch die Mentalitäten (wobei vor allem die ökonomischen Transformationen Aufmerksamkeit bekommen). Auch wenn inzwischen der Lebensstandard insgesamt deutlich gestiegen ist, bedeutete der Umbruch für viele Menschen zunächst einmal ein Herausfallen aus den zwar finanziell bescheidenen, aber sicher geglaubten Verhältnissen. Ein Großteil der Ostdeutschen hat nach dem Ende der DDR Brüche in der Erwerbsbiografie erleben müssen, einschließlich der erstmaligen Erfahrung von Arbeitslosigkeit. Viele konnten nicht mehr in den Berufen arbeiten, die sie einmal gelernt und ausgeübt hatten. So haben viele diese Zeit als verzweifelt und persönlich wie kollektiv erniedrigend erlebt oder tun dies noch. Hinzu kam der Verlust von sozialen Netzen

durch den Wegfall des Arbeitsplatzes oder durch die hohe Abwanderung von Menschen im familiären und persönlichen Umfeld. Viele mussten sich zudem eingestehen, auf das falsche Pferd gesetzt zu haben, sahen sich mit dem, was sie in der DDR erreicht hatten, nun auf dem Abstellgleis.

Während Demokratie im Westen mit Wirtschaftsaufschwung verbunden war, war sie im Osten also zunächst einmal mit einem kollektiven wie persönlichen Wirtschaftsabschwung verbunden, wie der selbst aus dem Osten stammende ehemalige Bundespräsident, Pfarrer und Bürgerrechtler Joachim Gauck auf einer Veranstaltung der Akademie für politische Bildung Tutzing im Herbst 2019 zu 30 Jahre Mauerfall hervorhob. Tatsächlich war dies viel mehr als ein Wirtschaftsabbau, eingedenk der engen Verknüpfung von Arbeit mit Alltag und Identität. Über die Frage, wer schuld am Zusammenbruch ist, ranken sich derzeit etliche sehr unterschiedliche Mythen, vom gezielten Kaputtmachen einer vorgeblich florierenden DDR-Produktion durch den Westen bis zum Investor aus dem Westen, der eigentlich investieren wollte, aber dann vor Ort sah, wie marode alles war.

Nach dem Zusammenbruch der DDR sprach sich bei der letzten Volkskammerwahl 1990 eine überwältigende Mehrheit der Ostdeutschen für die „Allianz für Deutschland“ und damit die Wiedervereinigung aus. Dabei stand für viele "die D-Mark" als Sinnbild für einen wirtschaftlichen Wandel im Vordergrund. Die Überlegungen von Bürgerrechtler_innen in diversen Bündnissen und Runden Tischen, wie sich eine Demokratie in der DDR entwickeln ließe, wurden schnell überspült. Politisch-kulturelle Bildung spielte keine Rolle mehr bzw. war nach den Erfahrungen der Indoktrination durch marxistisch-leninistische Lehre an Schulen sogar verpönt, fand weder im Sinne einer „Herzensbildung“ statt noch in Wissensvermittlung darüber, wie man in einer Demokratie politisch wirksam werden kann (so Frank Richter, Theologe, DDR-Bürgerrechtler und ehemaliger Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen, in einem Interview im Deutschlandfunk 2019). Gleichzeitig wurde bereits in der DDR und auch nach 1989 dem Rechtsextremismus viel Spielraum gegeben, in dem er gezeugt oder in der Wahrnehmung verdrängt, statt offen thematisiert. statt offensiv thematisiert. Politik präsentiert sich gerade im Osten auch heute noch zu oft eher in autoritärem Gestus und paternalistischer Kümmer-Haltung, statt in der Förderung und Kultivierung von Zivilgesellschaft, die das gesellschaftliche Zusammenleben im Wesentlichen selbst gestaltet und leistet. Partizipation hilft, so die Überzeugung von Akteur_innen im Bereich der politi-

schen und zivilgesellschaftlichen Bildung, denn es herrscht zu Recht das Gefühl, nicht mehr entscheiden zu können. Insbesondere die Erfahrung von Wirkmächtigkeit auf kommunaler Ebene sei wichtig, dies allerdings immer gekoppelt an Aufklärung über demokratische Prozesse, die eben nicht einfach nur den vermeintlich homogenen „Willen des Volkes“ umsetzen. Am Rande sei angemerkt: Gemessen an der gesamten Lernzeit lag der Anteil politischer Bildung in der Schule in 2018 bei 0,5 % bis 4,4 % bei einem Median von nicht über 2,4 % über alle Schulformen und Bundesländer hinweg. In einigen Bundesländern wird politische Bildung noch nicht einmal verpflichtend unterrichtet.¹ Mit Ausnahme Brandenburgs liegen alle ostdeutschen (gemeinsam mit einigen westdeutschen) Bundesländer bei den nichtgymnasialen Schulformen unterhalb des Medians.

Inzwischen hat der Osten wirtschaftlich stark aufgeholt, die Einkommen sind gestiegen, die Arbeitslosigkeit ist drastisch gesunken (2018 lag sie im Osten bei 6,9 %, im Westen bei 4,8 %). Die Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland haben sich in vielerlei Hinsicht angenähert (die Differenz beträgt nur noch 7 %, rechnet man neben dem Einkommen auch die Lebenshaltungskosten ein, allerdings ist im Osten die durchschnittliche Absicherung durch Vermögen und Erbe geringer), die Infrastruktur ist im Osten inzwischen vielerorts in einem deutlich besseren Zustand als in den ärmeren Regionen im Westen, beispielsweise im Ruhrgebiet (hier kommt angesichts der maroden Straßen und Schulen allmählich Unmut über die Unzufriedenheit im Osten auf und es wird provokativ gefragt, ob dies nun Folge der Solidarität mit dem Osten sei). Die Menschen nutzen ihre Freiheiten, sind mobil, reisen, genießen den höheren Lebensstandard in vielen Bereichen. Umfragen zufolge sind viele Ost- und Westdeutsche mit ihrem Wohlstand ähnlich zufrieden. Drei Viertel der unter 30-Jährigen, der sogenannten „Nachwendegeneration“, blicken positiv auf ihr Leben und ihre Zukunft, in Ost wie West, wie jüngst eine Studie der Otto Brenner Stiftung belegt.

Gleichzeitig werden Verschiedenheiten sichtbar. Trotz des oft selbstverständlichen Miteinanders im Alltag scheint derzeit eher das Gefühl des Gegeneinanders zu wachsen. Deutlich mehr Ost- als Westdeutsche sehen

1 Gökbudak, Mahir/Hedtke, Reinhold (2019): Ranking politische Bildung 2018. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich. Didaktik der Sozialwissenschaften, Working Paper No. 9. Online unter: <https://pub.uni-bielefeld.de/download/2934293/2934488.pdf> (zuletzt aufgerufen am 24.11.2019).

einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach vom Januar 2019 zufolge eine klare Trennlinie zwischen „Ost“ und „West“. Der Vorwurf wird laut, der Westen interessiere sich nicht für den Osten, ihm wird vorgehalten, den Osten bis heute nicht verstanden zu haben. Seit dem Mauerfall sind Ostdeutsche deutlich häufiger privat in den Westen gereist als umgekehrt Westdeutsche in den Osten (wobei der Osten auch nur ein Fünftel der Bevölkerung Deutschlands ausmacht, dies also nicht unbedingt ein Indiz für unterschiedliche Interessen sein muss, sondern auch rein statisch entstehen könnte).

Tatsächlich ging der Blick des Westens nach dem Zweiten Weltkrieg nach Westen, von dem nun alles Gute, Moderne und dann auch Liberale kam. Der Blick des Ostens nach Osten, halb erzwungen, halb freiwillig und weil es einfach geographisch so ist und politisch so war (die anhaltenden Unterschiede der gefühlten Verbundenheit zu westlichen oder östlichen Nachbarländern hat jüngst eine Umfrage der Körber-Stiftung belegt). Während der Westen dank der Besatzung durch die Westmächte einen Wirtschaftsaufschwung erleben durfte, wurde im Osten von den Russen als Reparationszahlung erst einmal alles von Wert abgebaut. Entsprechend verbreitet war das Gefühl im Osten, allein für die Kriegsschuld bezahlen zu müssen, während der Westen dank Marshallplan und Privatkapitalismus an die Adria fuhr. Entsprechend geringschätzig schaute der Westen auf die armen Verwandten im Osten herab, dieser Blick setzt sich bis heute fort, so der in Teilen sicher auch berechtigte Vorwurf: Die abgehängten „Ossis“, die noch nicht mal in der Lage sind, Demokratie zu leben. Die unterschiedlichen Prägungen der früheren Blöcke, die in Deutschland im Kleinen in der Spaltung zwischen Ost und West sichtbar werden, zeigen sich in Europa im Größeren. Der noch weitere Blick hingegen lässt diese Erklärungen für die im Osten noch größere Tendenz nach rechtsaußen dann aber doch wieder fraglich erscheinen, ist der Rechtspopulismus und in Teilen auch Rechtsruck doch ein internationales Phänomen, beobachtbar in anderen ost- und westeuropäischen Ländern, aber auch in den USA, Südamerika oder Asien.

Viele Ostdeutsche teilen nach wie vor das Gefühl, „Bürger_in 2. Klasse zu sein“, hinzu kommt eine verbreitete Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie; die Wahl der AfD wird als „Protest“ gedeutet, oft eher vage formuliert „gegen das System“, oft aber auch konkret gegen Migration und Geflüchtete gerichtet. Und rund ein Viertel der Mitglieder

der „Nachwendegeneration“ scheint – obwohl sie zufrieden mit ihrem Leben sind – von den negativen Umbruchserzählungen ihrer Eltern am Küchentisch geprägt zu sein und deren Erinnerungen weiterzutragen. Das sind dann auch jene, die durch deutlich rechtsaffine Einstellungen auffallen. Der einfache Schluss, dem Osten gehe es finanziell nicht gut und neige deshalb stärker zu rechtspopulistischen Einstellungen, greift also zu kurz. Vielmehr geht es um den Vergleich mit dem Westen und Gefühle der mangelnden Anerkennung und Benachteiligung. Es scheint, der Osten wurde und wird primär und zu sehr nur ökonomisch gesehen, der Rest, der das Leben, die Weltsicht, das eigene Selbstverständnis und Wohlbe-finden mitbestimmt, vergessen.

Die Politik und die Feuilletons versuchen dies derzeit mit vielen Beiträgen aufzuholen – der Osten fordert Aufmerksamkeit und erhält sie. Thematisiert werden die schwierigen Transformationserfahrungen im Osten, der Westen fragt sich reumütig, welche Fehler bei der Wiedervereinigung gemacht wurden. Es stellt sich hier allerdings die kritische Frage, wie Politik und Gesellschaft vergangene negative Transformationserfahrungen verarbeiten können, die Gefühle mangelnder Wertschätzung ausgleichen wollen; mit Geld allein scheint dies jedenfalls nicht zu beheben zu sein, mit Aufmerksamkeit ggf. aber auch nicht. Denn mit der derzeit verbreiteten, nach wie vor zum Teil recht paternalistischen Zuwendung an den Osten, dem Versuch, „den Ostdeutschen ihre nationalistisch-autoritäre Neigung abzukaufen“, wie böse Stimmen es ausdrücken, werden die relative Deprivation, das Gefühl der kollektiven Benachteiligung, das Gefühl, einfach immer nur Opfer zu sein (Napoleons, der Nazis, der Russen und nun des Westens) womöglich eher noch befördert. Das eigene Selbstverständnis als Akteur_innen ihrer selbst, wird bei „den Ostdeutschen“ so auf jeden Fall nicht befördert. Schlimmer noch, die Darstellung und das Vorsichhertragen von Ostdeutschen als „Opfer“ tragen im schlimmsten Fall zu einer (auch Selbst-)Viktimisierung, verhindern oder entschuldigen damit sogar die bisweilen mangelnde Selbstreflexion nicht nur im Westen, sondern eben auch im Osten mit Blick auf die Vergangenheit und rechte Tendenzen heute. Die AfD greift dieses Gefühl auf und heizt es an, bietet Selbstachtung und Selbstentlastung an. Mit dem neuen AfD-Narrativ „Wende 2.0“ und dem lauten (aber nie belegten) Vorwurf einer „unterdrückten Meinungsfreiheit“ bespielt sie diese Gefühle. Pegida kann in dieser Hinsicht zwar als eine Art Selbstermächtigung gelesen werden, die

Wahlerfolge der AfD werfen aber die bange Frage auf, wohin dieser Machtzugewinn dann führen kann und soll. Weitgehend werden die Wähler_innen in Ost wie West für ihre Wahlentscheidung, auch für die AfD, bislang nicht ernst und in Verantwortung genommen.

Wenig kritisch wird auch das eigene Mitmachen in der DDR hinterfragt: Was spiegelt dies womöglich an Überzeugung wider, was hat es an Prägungen mit sich gebracht, aber auch an Scham, die nun, so eine sich aufdrängende Vermutung, umso lauter durch „Protest“ überspielt wird? So gut wie gar nicht thematisiert werden die – auch und vielleicht besonders im Osten – nicht aufgearbeiteten Spuren der Nazi-Zeit, die als „Gefühlserbschaften“ auch in den Mentalitäten nachfolgender Generationen noch durchschimmern können. Der historische wie aktuelle Blick zeigt auch, wie divers der Osten hier war und ist, das wird besonders in Sachsen deutlich: Hier das traditionell schon immer eher rechte (und auch besonders antisemitische) Dresden und dort das weltoffener, progressivere Leipzig (davon zeugt beispielsweise der Hashtag: #dasandereSachsen).

Die Frage ist, warum sich die Zivilgesellschaft dort nicht etablieren konnte, wo die SED Lücken hinterlassen hat. Tatsächlich lassen sich regionale Kontinuitäten beobachten: Die AfD ist dort besonders erfolgreich, wo es schon die NSDAP war und wo später die NDP Anklang fand. Das gilt allerdings nicht nur für den Osten, sondern auch für den Westen, wie das Beispiel der Wetterau in Hessen zeigt. Und wo die Bevölkerungsentwicklung negativ ist (vor allem mobile, junge, überwiegend weibliche Ostdeutsche sind gegangen), die Zukunftserwartungen besonders pessimistisch sind, ist die AfD ebenfalls erfolgreich, wie eine Studie des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena nahelegt.

Übersehen werden dabei zudem all jene – und dies ist die große Mehrheit der Ostdeutschen –, die ihr Leben nach dem Zusammenbruch der DDR tatkräftig in die eigene Hand genommen haben, es trotz aller Schwierigkeiten geschafft haben, sich ein neues, gutes Leben aufzubauen, stolz darauf zurückblicken können, damit auch recht zufrieden sind. Für viele war „die Wende“ eben auch eine echte Chance und viele Ostdeutsche haben keine Lust mehr, als Opfer betrachtet zu werden und sich selbst so zu betrachten. Übersehen werden auch all diejenigen, die sich aktiv für die weitere Demokratisierung engagieren, was leider mancherorts nicht nur viel persönlichen Einsatz, sondern auch viel Mut braucht, im Osten mehr als im Westen. Statt sie zu unterstützen, werden ihnen von der

Politik nicht selten auch Steine in den Weg gelegt, sie werden gar des „Linksextremismus“ verdächtigt, es wird ihnen von ihren Mitmenschen im Ort nicht immer wohlwollend begegnet, bisweilen wird ihnen sogar bedrohlich vorgeworfen, „für Unruhe“ zu sorgen. Kaum gedacht wird all denjenigen, die in der Zeit der DDR ausgegrenzt, verraten, verfolgt, im schlimmsten Fall sogar umgebracht wurden – und dies auch unter Wegsehen, Mitlaufen oder gar Mitmachen ihrer Nachbar_innen.

Die große Frage bleibt: Warum haben all diese Erfahrungen bei den einen so, den anderen anders gewirkt, konnten die einen 1989 und die Zeit danach als Befreiung erleben, Zufriedenheit gewinnen und die Errungenschaften einer liberalen Demokratie wertschätzen und daran mitarbeiten, die anderen nicht.

Damit stellen sich weitere Fragen: Wie demokratisch sind die Deutschen in Ost und West eigentlich überhaupt, welches Verständnis von „Demokratie“ gibt es und wie ist es um die fundamentalen, im Grundgesetz festgeschriebenen Prämissen von Würde und Gleichheit aller, egal welcher Herkunft, Religion, welchen Geschlechts, sexueller Orientierung usw. bestellt? Geht es bei Protesten und der Wahl von Rechtsaußenparteien um den Wunsch, die Demokratie zu verbessern oder sie abzuschaffen? Nicht nur in einigen Ländern des ehemaligen Ostblocks, sondern inzwischen auch in einigen des Westens wird unter dem Deckmantel von „Demokratie“ mittlerweile offen vieles von dem in Frage gestellt, was im Kern dazugehört: Gleichheit aller Bürger_innen, Minderheitenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung. Ist die laut werdende Kritik an Demokratie, bisweilen auch die Geringschätzung für sie, gar ein Zeichen der Satttheit der Demokratie, einer Demokratie, die sehr viele ziemlich satt gemacht hat?

Doch umgekehrt gefragt: Warum sollte eine demokratische Grundhaltung in der Bevölkerung eigentlich vorhanden und verankert sein – im Westen und mehr noch im Osten –, wird der expliziten Demokratiebildung doch insgesamt nicht viel Raum gegeben? Und gleich hinterhergefragt: Warum sind Unterschiede darin wie in anderen gesellschaftspolitischen Fragen zwischen Ost- und Westdeutschen überhaupt eine Schlagzeile wert, wäre es doch eher überraschend, wenn die – historisch gesehen – unterschiedlichen, bisweilen auch feindlich einander gegenüberstehenden und für die meiste Zeit nicht-demokratischen Prägungen und Erfahrungen keine Spuren hinterlassen hätten? Befunde der kulturvergleichenden Forschung in Zusammenhang mit Mentalitäten, Einstellungen und Werthaltungen

verweisen immer wieder darauf, dass Varianzen innerhalb von „Kulturen“ größer sind als zwischen ihnen – in der Regel werden hier Länder bzw. Nationen verglichen – zugleich aber finden sich auch Unterschiede entlang dieser Kategorien (u. a. dazu der World Values Survey). Warum sollten sich Ost- und Westdeutsche eigentlich besonders ähnlich sein, warum werden Unterschiede mit Überraschung, manchmal auch Empörung zur Kenntnis genommen, während Unterschiede zwischen Kulturen/Ländern/Nationen oder auch Regionen als Selbstverständlichkeit gelten?

Was aus all dem nun folgt, welche Vorschläge zu einer Verbesserung der Situation gemacht werden, hängt sehr von der jeweiligen Lesart ab. In jedem Fall scheinen Selbstreflexion in West wie Ost, eine Aufarbeitung der blinden Flecke und ein Ehrlich-machen sich selbst und den eigenen Prägungen gegenüber gefragt. Vielleicht ließe sich auch etwas aus Ländern lernen, wie etwa Südafrika, Ruanda oder Argentinien, in denen Spaltungen viel tiefer und verletzender waren und sind, Stichwort Versöhnung (reconciliation). Es gilt, Unterschiede zur Kenntnis zu nehmen, ohne sie zu verwischen. Bislang geht der Blick eher auf den Osten, sowohl was den Rechtsextremismus als auch die prekären Lebensbedingungen und Transformationserfahrungen betrifft, ähnliche Regionen im Westen werden gern übersehen. Hier ließen sich auch analog zur Ost-West-Linie Gemeinsamkeiten erkennen. Gemeinsam an der politischen Kultur zu arbeiten, nicht bloß „gegen die AfD“ etwas zu tun, sondern für Demokratie, wäre ein Ziel, hinter dem sich viele in West wie Ost versammeln könnten.

Das vorliegende Heft versammelt Beiträge, die aus unterschiedlicher Perspektive und mit zum Teil auch streitbaren Positionen danach fragen, wie vereint Ost und West sind, wenn es um gesellschaftspolitische Themen geht. Welche Vorstellungen haben sie vom Zusammenleben, in welcher Gesellschaft möchten sie leben? Welche Spuren haben die 40 Jahre der Trennung und die jeweilige Anbindung an eine von westlichen Wertvorstellungen bzw. sozialistischen Idealen geprägte Gesellschaft hinterlassen, welche die für viele Menschen harten und unsicheren Zeiten des Umbruchs? Und hängt der Erfolg der AfD gerade im Osten damit zusammen?

Beate Küpper für das Redaktionsteam